

071/2006

Stuttgart, den 21.02.2006

Grüne zu Regionalisierungsmitteln:

Drastische Kürzungen durch die Bundesregierung wird Nahverkehr im Land empfindlich treffen

Landesregierung hat sich mit den Kürzungen schon abgefunden

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer hat bei der heutigen Debatte um die Regionalisierungsmittel dem Staatssekretär Köberle widersprochen, dass es sich bei den geplanten Kürzungen um Haushaltseinsparungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung handelt: „Wenn die Bundesregierung plant, die Straßenbauausgaben um 1 Mill. € zu steigern und die Mittel für den Schienennahverkehr um 1 Mill. € zu kürzen, dann handelt es sich um eine bewusste Umschichtung von den Öffentlichen Verkehrsmitteln zum Autoverkehr und nicht um die Einsparung von Haushaltsmitteln“, sagte Boris Palmer.

Die Bundesregierung plant, die Regionalisierungsmittel bereits für das Jahr 2006 um 1,5% und für 2007 um mehr als 6% zu kürzen, obwohl das Regionalisierungsgesetz den Mittelfluss bis 2007 gesetzlich geregelt hat und ausdrücklich vorsieht, dass die Mittelausstattung für die Jahre ab 2008 im Jahr 2007 zwischen Bund und Ländern neu verhandelt werden muss. Die von Boris Palmer in der Debatte vorgetragene Zahlen über die Auswirkungen der von der Bundesregierung geplanten Streichungen haben weder die

Vertreter der Landesregierung noch die übrigen Fraktionen angezweifelt. Danach sinken die Regionalisierungsmittel für Baden-Württemberg bis 2009 von bisher geplanten 781 Mio. € auf 690 €, also um 11,6 %. Rechnerisch bedeutet dies, dass jeder 8. Zug gestrichen werden muss. In der Realität, so die Befürchtung der Grünen, könnte es sogar jeder 6. Zug sein, weil das Land für gestrichene Züge keine vollständige Rückerstattung der vereinbarten Zuschüsse von der DB erhält. Sie muss in vielen nämlich Züge und Personal für einzelne Stunden des Tages weiterhin vorhalten.

In der Anlage sind die Folgen der Kürzungspläne der rot-schwarzen Bundesregierung für das Land graphisch dargestellt:

